



# AUSTRIA

**DIE ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE ALS FUNDAMENT DER  
GESELLSCHAFT IN KRISENZEITEN**

# **DIE ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE ALS FUNDAMENT DER GESELLSCHAFT IN KRISENZEITEN**

*Wie die Unternehmen der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft zur Bewältigung der Covid-19-Krise beitragen*

Öffentliche und kommunale Unternehmen leisten einen unerlässlichen Beitrag zur Versorgung der Gesellschaft. Die Unternehmen tragen zu sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit bei und gewährleisten Versorgungssicherheit. Dies haben sie während der COVID-19 Pandemie bewiesen.

Mitte März 2020 wurde das öffentliche Leben in Österreich durch die Coronakrise stark eingeschränkt. Gerade im Rahmen solcher Krisen kann die wichtige Rolle der Unternehmen der Daseinsvorsorge nicht genug betont werden.

## **Daseinsvorsorge als Fundament der Gesellschaft in der Krise**

In Krisenzeiten ist es besonders wichtig, dass neben dem Gesundheitssystem und vielen anderen systemrelevanten Berufen die klassische Daseinsvorsorge in Österreich verlässlich und reibungslos funktioniert. Die Herausforderungen für die kommunalen und öffentlichen Unternehmen sind enorm, denn sie müssen auch in Krisenzeiten verlässlich Strom und Trinkwasser liefern, Abwasser und Abfall entsorgen, den öffentlichen Personennahverkehr gewährleisten und vieles mehr. Die öffentlichen Versorgungsunternehmen in Österreich sind dank ihrem exzellenten Krisenmanagement gut auf die verschiedensten Ausnahmesituationen vorbereitet und haben rechtzeitig reagiert, um auch in der Corona-Krise einsatzfähig zu bleiben. Trotz der mitunter erheblichen Einschränkungen für die Bevölkerung konnte so österreichweit die Leistungserbringung der Daseinsvorsorge innerhalb der Kommunen reibungslos gewährleistet werden. Die Versorgung mit Strom und sauberem Wasser war durchgehend gesichert, die öffentlichen Verkehrsmittel waren weiterhin in Betrieb, das öffentliche Gesundheitssystem zeigte sich als Rückgrat der Bewältigung dieser Gesundheitskrise und wichtige Dienstleistungen wie Abfallentsorgung oder Abwasserbehandlung erfolgten ohne Unterbrechung. Dass diese Belastungsprobe erfolgreich bestanden wurde, war nur durch die gute Vorbereitung sowie hohe Professionalität und umfangreiche Erfahrung der öffentlichen und kommunalen Unternehmen möglich. Während private Betriebe und Konzerne ihre Produktion reduzieren oder stilllegen mussten, sorgten die kommunalen und öffentlichen Unternehmen auch in Krisenzeiten für eine sichere Versorgung der Menschen mit Strom, Wärme, Wasser sowie schnellem Internet und entsorgten zuverlässig ihren Abfall und Abwässer.

## **Maßnahmen zur Bewältigung der Krise**

Die Unternehmen trafen verschiedenste Maßnahmen, um die Pandemie bestmöglich zu bewältigen. In der Regel wurde in einem ersten Schritt ein Krisenstab etabliert. Teilweise war das Krisenmanagement auch standardisiert, wie zum Beispiel im Falle der Trinkwasserversorgung nach ÖNORM EN ISO 15975-1 "Sicherheit der Trinkwasserversorgung - Leitlinien für das Risiko- und Krisenmanagement". Im Zuge der Aktivierung des Krisenmanagements wurden zumeist auch direkte Kommunikationskanäle zu den verantwortlichen Behörden beziehungsweise Ministerien etabliert. Auch wurden eigene Kommunikationsschienen für die Mitarbeiter eingerichtet, um diese mit den aktuellsten Informationen und Verhaltensrichtlinien zu versorgen.

### **MitarbeiterInnenmaßnahmen: Homeoffice & freiwillige Isolation**

In einem weiteren Schritt wurde durch räumliche Maßnahmen der physische Kontakt und hierdurch das Infektionsrisiko minimiert. Dies geschah durch die Umstellung auf Homeoffice, die Einteilung der MitarbeiterInnen in strikt separierte Teams sowie durch Rufbereitschaft vom Wohnort aus. Gesundheitlich gefährdetes Personal wurde freigestellt. MitarbeiterInnen mit betreuungspflichtigen Kindern (unter 14 Jahren) wurde grundsätzlich ein dreiwöchiger Sonderurlaub bis Ostern gewährt. Betriebsnotwendige MitarbeiterInnen wurden definiert und voneinander getrennt, um auch im Falle einer Infektion Einzelner die Betriebsfähigkeit des Unternehmens zu garantieren. In manchen Unternehmen gingen MitarbeiterInnen freiwillig in Isolation, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Der Umfang dieser Maßnahmen variierte je nach Unternehmensgröße. So gingen zum Beispiel 53 MitarbeiterInnen eines großen Energieversorgungsunternehmens in freiwillige Isolation auf unbestimmte Zeit, um auch im Ernstfall die Versorgung aufrecht zu halten. In anderen Fällen begab sich vordefiniertes Personal schon frühzeitig in Isolation am eigenen Wohnort. Wo immer es den Unternehmen möglich war, wurden MitarbeiterInnen auf Homeoffice umgestellt. Zum Beispiel wurde die gesamte persönliche Beratung der ArbeitnehmerInnenvertretung auf Telearbeit umgestellt. Deren Verfügbarkeit war vor dem Hintergrund sich ändernder Arbeitsbedingungen essenziell. Andernorts wurde die komplette Anlagensteuerung der Wasserversorgung sowie Entsorgung aus dem Homeoffice gemanagt. Um allen BürgerInnen ein problemloses Arbeiten und Lernen von zuhause zu ermöglichen, wurde von manchen kommunalen Anbietern die Bandbreite des Internets im Up- & Download kostenfrei erhöht.

## **Maßnahmen vor Ort: Sicherheit für KundInnen und MitarbeiterInnen**

Zahlreiche Leistungen der Daseinsvorsorge müssen jedoch von den MitarbeiterInnen direkt vor Ort erbracht werden. Hier wurde der Fokus in sämtlichen Unternehmen auf den Schutz der KundInnen sowie der MitarbeiterInnen gelegt. Am Beispiel des öffentlichen Personennahverkehrs lässt sich das Krisenmanagement gut darstellen. Aufgrund eines verringerten Kundenaufkommens, bedingt durch Lockdown und Homeoffice, wurden die Fahrpläne zur Sicherheit der MitarbeiterInnen sowie der Fahrgäste eingeschränkt. Dies erfolgte allerdings nicht zu den Hauptverkehrszeiten, um die Personendichte hier so gering wie möglich zu halten und so der Verbreitung des Virus entgegenzuwirken. Gerade im Nahverkehr war die umfassende Aufrechterhaltung des öffentlichen Personenverkehrs wichtig, damit besonders wichtige Personengruppen, wie MitarbeiterInnen des Gesundheitssystems, der Polizei, der Daseinsvorsorge oder des Lebensmittelhandels an ihren Arbeitsort gelangen konnten. Zur Minimierung von persönlichen Kontakten wurden Ticketkontrollen ausgesetzt sowie die vorderen Einstiegsbereiche in Bussen und Straßenbahnen gesperrt, um Kontakt mit den FahrerInnen zu vermeiden. Ebenso wurden Verkehrsmittel und Haltestellen verstärkt desinfiziert.

## **Weitere Maßnahmen**

Des Weiteren wurde auch in anderen Sektoren der öffentlichen Wirtschaft der Umfang der Dienstleistungen auf das benötigte Minimum reduziert. Während zum Beispiel die Straßenreinigung sowie die Hausmüllentsorgung ohne jegliche Beeinträchtigung erfolgten, um die Hygiene in den Kommunen aufrecht zu erhalten, waren Altstoffsammelzentren sowie mobile Problemstoffsammelstellen vorübergehend geschlossen. Auch klassische Dienstleistungen der Versorgungsunternehmen, wie Wasseranschlüsse, Kanalspülungen oder Zählertausche sowie deren Ablesung, wurden nur in dringend nötigen Fällen durchgeführt. Labortätigkeiten im Wasserversorgungsbereich für externe KundInnen wurden nur bei Brunnenverunreinigungen, bei Auftrag der Wasserrechtsbehörde oder dergleichen durchgeführt. Die Störungsdienste der Unternehmen waren jedoch unverändert im Einsatz. Auch geplante Instandhaltungsarbeiten wurden, wo möglich, durchgeführt. Die öffentlichen Bestattungsunternehmen verrichteten unter allen nötigen hygienischen Maßnahmen auch weiterhin ihren Dienst. Zeitweise wurden zwar Erdbestattungen ausgesetzt, Urnenbeisetzungen im engsten Familienkreis jedoch weiter durchgeführt.

Im Laufe der Pandemie wurde gemeinsam mit der universitären Forschung ein Projekt zum Nachweis des Erbgutes des Corona-Virus (SARS-CoV-2) im Abwasser, konkret im Zulauf der Kläranlage, durchgeführt, um die Dunkelziffer bei den Infizierten einschätzen zu können, sowie ein mögliches Frühwarnsystem zu etablieren.

## **Infrastrukturelles Krisenmanagement**

Auch gegen infrastrukturelle Ausfälle war man gewappnet. Bei Engpässen oder Ausfällen in der Abfallbehandlung wären etwa Deponieflächen sowie Ballenpressen mit Wickelvorrichtungen zur Notfalls-Zwischenlagerung bereitgestellt gewesen.

In einer Gesundheitskrise steigt auch die Angst vor einem Blackout und einem Zusammenbruch der Stromversorgung im Land. Tatsächlich war die Energieversorgung in Österreich durch die Coronakrise zu keiner Zeit gefährdet oder beeinträchtigt. Die kommunalen und öffentlichen Energieversorgungsunternehmen sind gut für solche Krisensituationen gerüstet. Aufgrund der bereits erwähnten Maßnahmen war so eine stabile Energieversorgung bei gleichzeitig möglichst geringer Gefährdung der eigenen MitarbeiterInnen möglich.

Auch in den Spitälern kam das Krisenmanagement voll zum Einsatz, um die Ressourcen für lebenswichtige Behandlungen und Operationen zu jeder Zeit gewährleisten zu können. So wurden ambulante Behandlungen eingestellt und nicht lebensnotwendige Operationen verschoben. Auch hier hat sich gezeigt, dass sich langfristige Investitionen in das öffentliche Gesundheitssystem in Krisenzeiten mehr als bezahlt machen.

## **Soziale Sicherheit für alle BürgerInnen in der Krise**

Durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise kamen vermehrt Menschen in finanzielle Notlage, was oftmals zu Zahlungsschwierigkeiten bei ihren Strom- und Gasrechnungen führte. Die Versorgungsunternehmen sprachen sich daher dafür aus, dass es in Österreich zu keinen Abschaltungen bei Strom, Gas und Wärme kommen solle. HaushaltskundInnen sowie Kleinunternehmen wurde von den Energieversorgungsunternehmen die Möglichkeit eingeräumt, bei nachgewiesenen, coronabedingten finanziellen Schwierigkeiten ihre Rechnungen für Strom und Gas zu stunden. Bei Betrieben war auch die Reduzierung von Vorauszahlungen möglich. Mancherorts wurden für besonders betroffene Haushalte Unterstützungsfonds eingerichtet, aus denen ein einmaliger Zuschuss zu den Stromkosten gewährt wurde. Sämtliche Mahnungen wurden vorübergehend gestoppt. Im gemeinnützigen Wohnbau wurden Mietstundungen gewährt und Delogierungen nicht durchgeführt. Um Bildungsarmut bei schulpflichtigen Kindern zu vermeiden und diesen Zugang zu Wissen zu ermöglichen, wurde ein tägliches Bildungsfernsehen mit online verfügbaren Unterlagen eingeführt. Zusätzlich wurden von manchen Unternehmen nicht benötigte Laptops gespendet, welche sozial benachteiligten Kindern die Teilnahme am Onlineunterricht ermöglichen sollten.

Auf die Kunst und Kulturszene hatte die Pandemie ebenfalls massiven Einfluss. Um diesen abzufedern, blieben zugesagte Förderungen aufrecht, selbst wenn aufgrund von Vorgaben der Regierung Produktionen nicht stattfinden konnten und der Betrieb stillgelegt wurde. Auch einzelne Förderungen konnten vorzeitig abgerufen werden, um liquide zu bleiben. Es wurden auch alternative Pilotprojekte gestartet, um KünstlerInnen wieder auftreten lassen zu können und BürgerInnen so den Zugang zu Kultur wieder zu ermöglichen.

## **Wirtschaftliche Erholung in der Krise**

Auch am Wiederhochfahren der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens waren kommunale und öffentliche Unternehmen maßgeblich beteiligt. Zahlreiche Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur trugen und tragen weiterhin wesentlich dazu bei, dass eine wirtschaftliche Erholung stattfindet und regional Arbeitsplätze geschaffen werden. So investieren beispielsweise öffentliche Energieversorger in den Ausbau ihrer Netze, der Infrastruktur sowie in die Modernisierung ihrer Kraftwerke. Andere wiederum zogen geplante Bauarbeiten in touristischen Gebieten vor, um neben einem Ankurbeln der Wirtschaft auch die geringe Anzahl an TouristInnen als Vorteil zu nutzen. Es wurde darauf geachtet, Schutzrüstung regional oder inhouse zu beschaffen, um die Wertschöpfung in der Region zu halten und Arbeitsplätze zu sichern. So wurden beispielsweise eigene Atemschutzmasken und Plexiglasschilde aus dem 3D Drucker entwickelt oder Mund-Nasen-Schutz-Masken in der eigenen oder regionalen Produktion hergestellt. Der durchgehende, bedingungslose Betrieb der öffentlichen Daseinsvorsorge sorgte dafür, dass tausende Menschen auch in der Krise ihre Arbeitsplätze behalten haben.

Jedoch hat die Pandemie auch wirtschaftliche Auswirkungen auf die öffentlichen Unternehmen. Durch das Stundieren von Zahlungen und Abgaben ist oftmals ein großer Teil ihrer Einkommensquellen versiegt. Trotzdem erbrachten sie auch weiterhin die volle Leistung für alle BürgerInnen. Vor diesem Hintergrund wäre es fair, diesen Unternehmen, welche oftmals die Struktur kleiner oder mittlerer Unternehmen nach KMU-Definition aufweisen, Zugang zu den Corona-Finanzhilfen zu gewähren. Jedoch ist dies in oftmals nicht der Fall, da die Empfehlung der Europäischen Kommission in der Definition von KMUs Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung ausschließt. Dadurch kommen die Hilfsmaßnahmen für KMUs bei öffentlichen Unternehmen nicht zur Anwendung. Dies sollte im Hinblick auf die momentane Krise und die bewiesene, essenzielle Rolle der Daseinsvorsorge überdacht und geändert werden.

## **Die Coronakrise als Chance für Rekommunalisierung?**

Ob die derzeitige krisenbedingte Fokussierung auf Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu einem neuen Trend zur Rekommunalisierung führen könnte, steht noch offen. Solche Entwicklungen spiegeln den gesellschaftspolitischen Diskurs oft mit einer leichten Verzögerung wider. Ein Trend zur Rekommunalisierung ist in Krisenzeiten systemimmanent. Die Coronakrise hat das Bewusstsein der Gesellschaft für die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge nachhaltig gestärkt. Sie hat bewiesen, dass sie bedingungslos für die BürgerInnen da ist – sei es in der Versorgung mit Strom, Wasser, Wärme, Gesundheitsleistungen oder leistbarem Wohnraum, welcher einem auch in der schwersten Krise nicht genommen wird.